

© Neue Zürcher Zeitung; 08.07.2009; Ausgabe-Nr. 155; Seite 15

Schweiz (il)

Schweiz, Deutschland und Österreich ziehen die Notbremse

Rückzug aus dem Ilisu-Staudammprojekt – Konsortium und die Türkei müssen sich neu organisieren

Gemperli S. (sig)

Die Exportrisikoversicherungen ziehen sich aus dem Staudammprojekt in Südostanatolien zurück. Die Entwicklungsorganisationen jubeln, das Baukonsortium wartet auf die türkische Regierung.

sig. Die Türkei habe die vertraglich vereinbarten Auflagen in den Bereichen Umwelt, Kulturgüter und Umsiedlung nicht erfüllt, teilten die Exportrisikoversicherungen der Schweiz, Deutschlands und Österreichs am Dienstag gemeinsam mit. Am Tag zuvor war die letzte Frist zur Umsetzung der Begleitmassnahmen beim Bau des Ilisu-Damms abgelaufen. Der Entscheid kam nicht unerwartet. Eine Expertengruppe hatte letztes Jahr im Auftrag der staatlichen Agenturen ein vernichtendes Urteil zur Umsetzung der vereinbarten Standards abgegeben, worauf die Exportversicherungen sistiert wurden und die Türkei eine letzte, 180-tägige Frist erhielt.

Auflagen nicht erfüllt

Mit dem Ilisu-Staudamm soll der Tigris unweit der Grenze zu Syrien zu einem 135 Kilometer langen See gestaut werden. Dabei müssen bis zu 60 000 Menschen umgesiedelt und historische Stätten vor den Fluten gerettet werden. Mit rund 150 Auflagen, die sich an den Leitlinien der Weltbank, der OECD und der Weltstaudammkommission orientieren, wollten die Exportrisikoversicherungen die negativen Auswirkungen verringern. Die Umsetzung ist nach Angaben der Schweizerischen Exportrisikoversicherung aber derart im Rückstand, dass eine Verlängerung der Exportgarantien nicht mehr in Frage kam. So liegt zum Beispiel für die Verschiebung der Kulturgüter aus der antiken Stadt Hasankeyf immer noch keine Machbarkeitsstudie vor, und die Entschädigungsfrage bleibt ungelöst.

Der Rückzug der drei staatlichen Agenturen bedeutet nicht automatisch das Ende des Projekts, sicher aber seine Verzögerung. Die Aufträge an das ausländische Konsortium, zu dem in der Schweiz Alstom, Colenco, Maggia und Stucky gehören, belaufen sich auf 450 Millionen Euro. Sie werden durch mehrere Bankkredite vorfinanziert, welche an staatliche Exportrisikogarantien gekoppelt sind und nun dahinfallen. Die türkische Regierung könnte die Aufträge jetzt selbst aus dem Staatshaushalt absichern oder andere Geldgeber suchen. Doch ohne staatliche Garantien ist Kapital in diesem Geschäft teuer. Und wenn ein anderer Staat einspringt, dann wohl nur, um seine eigenen Unternehmen am Projekt zu beteiligen.

Wer springt ein?

Das Lieferkonsortium wartet nun ab, wie sich die türkische Regierung zur neuen Situation stellt. «Es ist nicht so, dass es nicht auch andere Möglichkeiten gibt», sagt Sprecher Alexander Schwab. Selbst wenn die Türkei 450 Millionen Euro abschreiben müsste, wäre sie deshalb noch nicht bankrott. Die Andeutung des türkischen Umweltministers, dass seine Regierung das Ilisu-Projekt auch alleine durchführen könne, sei positiv. Das Konsortium bedauert den Entscheid der drei Regierungen. Bei der Umsetzung der Begleitmassnahmen habe sich vieles positiv entwickelt, und dieser Prozess sei nun abgebrochen worden, so

Schwab. Die Gruppe von Nichtregierungsorganisationen, welche das Ilisu-Projekt seit Jahren bekämpft, begrüsst die Entscheidung der drei Länder. Es bestehe natürlich die Gefahr, dass die Türkei nun die Aufträge neu vergeben und den Auflagen noch weniger nachkomme, sagt Christine Eberlein von der Erklärung von Bern. Die international orchestrierte «Stopp-Ilisu-Kampagne» wird sich nun auf die Türkei konzentrieren. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bedauerte in einer Stellungnahme, dass die Türkei ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Es sei aber nachvollziehbar, dass der Bundesrat so entschieden habe.

Keine andere Wahl

(sda) Die Schweiz bedauere, aus dem Ilisu-Staudammprojekt in der Türkei aussteigen zu müssen, habe aber keine andere Wahl gehabt, sagte Bundesrätin Doris Leuthard am Rande einer Medienorientierung zu ihrer USA-Reise in Washington. Zweimal habe man um einen Baustopp gebeten, doch seien nur ungenügende Verbesserungen vorgenommen worden.

Die historische Stadt Hasankeyf würde beim Bau des Ilisu-Damms überflutet.

Tolga Sezgin / Nar Photos